

Vereinigte Staaten von Europa?

In früheren Artikeln (Bd. 115, Heft 1 und 3) haben wir auf die Bedeutung der Minderheitenfrage für die Befriedung Europas hingewiesen. Solange es auf unserem Kontinent unterdrückte Völker gibt, lassen sich die Gespenster der Irredenta nicht bannen, und jeder Tag kann von neuem die Gefahr eines europäischen Krieges heraufbeschwören, der den Untergang des Abendlandes bedeuten würde.

Wie ist es möglich, in dem zerrissenen Europa mit seinen aufgepeitschten Nationalgefühlen eine solche Einheit herbeizuführen, daß eine wirkliche innere Befriedung herbeigeführt wird? Daß ein solcher Weg gefunden werden muß, darüber sind sich heute alle klar. Aber das Wie ist das große Rätsel, über das sich alle den Kopf zerbrechen, die es ernst meinen mit dem Wohle der Völker. Was bisher zur Lösung der großen Frage geschehen, sind nur erste Ansätze, keine definitive Lösung. Die Regelung muß grundsätzlich sein und allgemein gültig, damit sie nicht durch die Willkür eines Staates wieder über den Haufen geworfen werden kann. Das ist das Problem, das die Staatsmänner, die weiter in die Zukunft schauen, ernstlich beschäftigt, ohne daß es bis heute gelungen wäre, eine Antwort zu finden, die alle befriedigt.

Manche erwarten eine Lösung vom Völkerbund. Wie wir bereits früher gesehen, hat er das Minderheitsproblem in sein Programm aufgenommen. Aber was er bisher auf diesem Gebiete geleistet, ist ganz unbedeutend, und die Hoffnung, daß es damit in Zukunft wesentlich besser würde, ist sehr gering. Der Völkerbund ist seinem ganzen Charakter nach eine die ganze Welt umfassende Organisation. Die Minoritätenfrage, wie sie heute an uns herantritt, ist aber vor allem ein europäisches Problem. Zwar gibt es auch außerhalb unseres Kontinents unterdrückte Völker. Aber die Lage dieser ist ganz anders, so daß eine allgemeine Lösung heute noch nicht möglich ist. England und Japan glauben sich durch die Rücksicht auf Indien und Korea gezwungen, eine Gleichstellung der Minderheiten mit dem Staatsvolk auf internationaler Grundlage zu verhindern. Ohne die Zustimmung dieser beiden Staaten, die im Völkerbund eine führende Rolle einnehmen, ist aber eine allgemeine Lösung unmöglich, und selbst eine partielle Lösung wird wegen der Furcht vor den möglichen Folgerungen für außereuropäische Staaten stets auf große Schwierigkeiten stoßen. Der Genfer Bund ist zudem eine Vereinigung von Staaten, die fast alle mehr oder weniger am überspannten Nationalismus erkranken. Moralische und vor allem christliche Grundsätze treten dort nur selten in entscheidender Weise in den Vordergrund, und es ist kaum zu erwarten, daß das in absehbarer Zeit anders werden wird.

Die Überzeugung, daß neben dem Völkerbund etwas anderes geschaffen werden muß, das eine Lösung der Minderheitenfrage ermöglicht und die Konfliktsstoffe aus der Welt schafft, ist darum in den letzten Jahren in weiten Kreisen immer mehr gewachsen. Verschiedene konkrete Vorschläge sind der Öffentlichkeit vorgelegt worden. Ein Teil derselben läßt sich unter dem Schlagwort „Vereinigte Staaten von Europa“ zusammenfassen.

Der Grundgedanke aller dieser Pläne ist nicht neu. Schon seit langem sehen wir, daß in Europa nach blutigen Kriegen immer wieder Männer auftreten, die eine moralische Umwandlung des menschlichen Denkens und Strebens für notwendig erklären, um das erhabene Ziel der Völkerversöhnung sicherzustellen. Als die langen Kriege Ludwigs XIV. den Frieden Europas stark erschüttert hatten, schrieb der Quäker William Penn 1692 seinen „Essay towards the present and future peace of Europe“ (Neudruck Gloucester 1915). Er schlug vor, den parlamentarischen und demokratischen Gedanken auf die große Politik Europas anzuwenden; die Fürsten sollten sich zu einem gemeinsamen Reichstage eines Staatenbundes vereinigen. Etwas später (1712) erschien die Schrift des Abbé de St. Pierre, dessen Projekte zu einer „Union permanente et perpétuelle“ der europäischen Staaten die führenden Geister Europas während des ganzen 18. Jahrhunderts oft beschäftigten. Leibniz, Chr. Wolff, Herder, Lessing und Wieland haben sich in Deutschland für seine Gedanken interessiert und mit ihnen auseinandergesetzt. Als politisches Programm spielten, wie es scheint, die Vereinigten Staaten von Europa in den Freimaurerlogen jener Zeit eine große Rolle. Zur Zeit der Revolutionskriege erschien die Schrift Kants „Zum ewigen Frieden“ (1795), deren Gedanken in den Schriften der Schüler des Königsberger Philosophen und auf veränderter Grundlage in denen der Romantiker weiter entwickelt wurden. Erst als die Philosophie Hegels immer mächtiger wurde und das wissenschaftliche Denken Deutschlands und der Welt für lange Zeit bestimmte, traten die Gedanken der Vereinigten Staaten Europas mehr und mehr in den Hintergrund.

Der Weltkrieg mit seinen traurigen Folgen machte das Problem wieder aktuell. Da ist es nicht zu verwundern, daß in den letzten zehn Jahren eine Reihe von Schriften erschienen ist, die sich von neuem mit der Frage beschäftigten und bewußt oder unbewußt an die alten Ideen angeschlossen. Am Vorbild des Völkerbundes glaubte man den Weg zu erkennen, auf dem man die Vereinigung der Staaten Europas aus den Höhen philosophischer Spekulation in die Praxis der großen Politik überführen könne.

Was man dabei unter „Vereinigten Staaten von Europa“ versteht, ist nicht nur eine Erneuerung unseres Kontinents auf Grundlage dauernden Friedens, wirtschaftlicher Zusammenarbeit, wahrer Gleichberechtigung und nationaler Versöhnung. Diese Ziele haben auch Gegner der neuen Bewegung im Auge. Auch sie verkennen nicht, daß wir uns auf dem Wege zur Schaffung größerer Einheiten befinden, daß ferner durch die beständig wachsende Leichtigkeit des Verkehrs und der Gedankenübertragung die Grenzen mehr und mehr an Bedeutung verlieren und die Völker inniger aufeinander angewiesen werden. Auch sie sind sich bewußt, daß aus der chaotischen Flut, die nach dem katastrophalen Ausgang des Weltkriegs ganz Europa bedeckte, ein neues Europa auftauchen muß, das in seinem Grundcharakter von dem der abgelaufenen Periode vollständig verschieden ist und in manchem eine größere Geschlossenheit und Einheitlichkeit zeigt.

Charakteristisch für die Vertreter der „Vereinigten Staaten von Europa“ ist, daß sie mehr oder weniger schnell als letztes Ziel einen europäischen Überstaat anstreben, nicht nur einen bloßen Zweckverband, der den Frieden sichert,

die Wirtschaft kräftigt und die nationalen Streitigkeiten beschwichtigt. Nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Nordamerika wollen sie eine europäische Einheitsnation schaffen. Nach unserer Ansicht brechen sie damit letztlich das staatsbildende nationale Wollen und schaffen die Nation als politisch bedeutsamen Faktor aus der Welt, wenn sie auch für den Anfang die Bedeutung des Volkstums und der Nation in gewissen Grenzen noch anerkennen. Zwar reden auch sie zuweilen von einem „wirtschaftlich-politischen Zweckverband“, verstehen aber darunter mehr, als das Wort andeutet.

Am bekanntesten von den verschiedenen Vorschlägen zur Lösung des Problems der Vereinigten Staaten von Europa sind die Vorschläge Coudenhove-Kalergis geworden, die er in seiner Programmschrift „Paneuropa“ vorlegte. Diese erschien zuerst 1923 und wurde seitdem öfter wiedergedruckt, ein Zeichen, daß die Frage weite Kreise interessiert. In einigen andern Schriften und vor allem in seiner Zeitschrift „Paneuropa“, die seit vier Jahren monatlich erscheint, hat dann Coudenhove seine Gedanken weiter entwickelt.

Coudenhove-Kalergi geht von der Tatsache aus, daß der Weltkrieg den Verfall der europäischen Weltherrschaft herbeigeführt hat. Während im 19. Jahrhundert Europa den Mittelpunkt der Welt bildete, trotz der Selbstständigkeit der amerikanischen Staaten infolge der Monroe-Doktrin, ist es heute weder machtpolitisch noch wirtschaftlich von der gleichen Bedeutung wie früher. Die Welt hat sich von der Vorherrschaft Europas freigemacht.

Die Gründe dafür sieht Coudenhove in folgenden Tatsachen:

Das britische Weltreich ist durch seine innere Umgestaltung aus Europa herausgewachsen. Früher war es ein europäisches Reich mit außereuropäischen Kolonien; heute, d. h. seit Anfang des Jahrhunderts, hat es sich in ein internationales Bundesreich umgestellt, in dem England als Erster unter Gleichen präsidiert. Der Schwerpunkt dieses Reiches liegt jetzt nach Gründung der Südafrikanischen Union, nach den Eroberungen des Weltkrieges und der Angliederung der arabischen Welt mehr als je im Indischen Ozean.

Der zweite Grund ist das Herauswachsen Rußlands aus Europa durch die Nachwirkungen der Revolution und durch die bolschewistische Herrschaft. Die Vereinigten Sowjetrepubliken sind heute eine eurasische Weltmacht, deren größter Teil in Asien liegt. Die mehr nach dem Westen hinneigenden Teile des alten Rußlands sind durch die Friedensverträge von ihm getrennt worden. Die Regierungsform ist eine Absage an die mehr oder weniger demokratisch regierten Staaten des übrigen Europa. Die Sowjets betrachten sich heute als die Vorkämpfer für die Freiheit der asiatischen Völker.

Der Aufschwung Asiens ist der dritte Grund. Der Sieg Japans über Rußland hat die Vorherrschaft der weißen Rasse in Asien gebrochen. Japan, neben dem angelsächsischen und russischen Volke das mächtigste der Erde, hat neben dem atlantischen Machtpol Europa einen zweiten, pazifischen gebildet. Die beginnende Europäisierung Chinas und anderer Mächte des fernen Ostens ergänzt den Aufschwung der asiatischen Macht.

Dazu kommt der Aufstieg Amerikas. Die Nordamerikanische Union ist zur führenden Macht der Welt geworden. Ihr Einfluß auf Südamerika ist heute noch sehr groß. Für Europa ist sie der allgemeine Gläubiger. Nach dem Osten hin zeigt sie ihre Macht als Verteidigerin der Unabhängigkeit Chinas.

Der Einfluß der südamerikanischen Staaten wächst ebenfalls beständig. Im Völkerbund haben sie eine entscheidende Rolle und sitzen dort über europäische Fragen zu Gericht.

Auf der andern Seite ist Europa im Niedergang begriffen. „Der Weltkrieg hat die österreichisch-ungarische Großmacht vernichtet, die deutsche verstümmelt. In der Weltpolitik spielen weder Deutschland noch die Erben Österreichs eine führende Rolle. Die beiden letzten europäischen Großmächte, Frankreich und Italien, haben durch den Krieg territorial gewonnen, aber solche Verluste an Menschen und Geld erlitten, daß ihre weltpolitische Stellung auf unsichern Grundlagen ruht. Ihr Einfluß jenseits von Europa, dem Mittelmeer und Afrika, ist sehr gering. Sie sind europäische Großmächte ersten — aber Weltmächte zweiten Ranges. Während die übrigen Großmächte die Völker und Rohstoffe der Welt unter sich aufteilen und Kontinente organisieren, starrt Frankreich auf den Rhein, Italien auf das Mittelmeer. So ist Europas weltpolitische Aktionsfähigkeit durch seine Uneinigkeit gelähmt. Aus dem Mittelpunkt der Welt ist Europa in deren Peripherie gerückt“ (Paneuropa [Wien-Leipzig 1926] 14 f.).

Der europäische Friedensschluß hat nur auf die Selbstständigkeitsbestrebungen der europäischen Völker Rücksicht genommen, nicht auf ihre Bedürfnisse nach Zusammenschluß. Die umgekehrte Tendenz zeigt sich bei den außereuropäischen Weltmächten. Nach dem Scheitern des Planes Wilsons, einen weltumfassenden Völkerbund zu gründen, zeigt sich hier das Bestreben, eine Reihe von mächtigen Völkerbünden zu schaffen. Das Russische Reich ist heute ein Völkerbund, der Großrussen und Weißrussen, Ukrainer und Osttürken, Georgier und Tscherkessen, Tataren und Armenier in sich vereint. Das Britische Reich ist ebenfalls ein Völkerbund, der Angelsachsen und Iren, französische Kanadier und holländische Buren, Araber und Indier, Ägypter und Malaien umschließt. Panamerika ist bestrebt, einen Bund zu schließen zwischen Anglo-Amerikanern, Spaniern, Portugiesen, Indianern, Negeren und Mischlingen. Die chinesische Bundesrepublik umfaßt Nord- und Südchinesen, Tibetaner, Mongolen, Mandschus und Turkmenen. So steht heute neben Panamerika, dessen politische Gemeinschaft durch die panamerikanische Bewegung gefördert wird, neben dem Reiche des Südens um den Indischen Ozean, dem Kern des britischen Reiches, das die Osthälfte Afrikas, die arabische und indische Welt und Australien umfaßt, neben dem Reich des Nordens, das im Westen an Europa, im Süden an Britannien und im Osten an Ostasien grenzt, neben dem Reiche des Ostens an den Küsten des Stillen Ozeans mit den politisch zwar getrennten, aber durch Rasse, Schrift und Kultur verbundenen Reichen Japan und China das innerlich zerrissene und durch ewigen Kampf zerfleischte Europa. „Keiner dieser fünf Weltkomplexe hat eine so große Vergangenheit wie Europa — aber keiner unter ihnen geht einer so unsichern Zukunft entgegen wie Europa“ (a. a. D. 22).

Um wieder eine Weltbedeutung zu erhalten, muß nach Coudenhove Europa sich zusammenschließen zu einem einheitlichen Gebilde. Dabei ist Europa in der oben angedeuteten Form zu nehmen, d. h. also mit Ausschluß Englands und Rußlands. Diesen politischen Begriff nennt Coudenhove Paneuropa, das also vom geographischen Europa verschieden ist. Es besteht aus sieben-

undzwanzig Staaten und vier kleineren Territorien (Monaco, San Marino, Liechtenstein, Andorra). Sein Umfang ist ungefähr fünf Millionen Quadratkilometer mit rund 300 Millionen Einwohnern. Dazu kommen die Kolonien der zu Paneuropa gehörenden Staaten, also der geschlossene Kolonialkomplex in Afrika (Libyen, Französisch-Afrika, Angola, Kongostaat) und die zerstreuten Kolonien, wie Mozambique, Madagaskar, Holländisch-Indien, Französisch-Hinterindien, Guayana usw. Damit wächst das Gebiet Paneuropas auf 25 Millionen Quadratkilometer und die Einwohnerzahl auf 429 Millionen.

Würde diese Staatengruppe geschaffen, dann ständen in der Welt folgende Gruppen Seite bei Seite:

Einwohner — Quadratkilometer in Millionen:	
Paneuropa	429 25
Britisches Reich . .	464 39
Russisches Reich . .	150 23
Mongolische Reiche .	520 12
Panamerika	209 32

„Dieses einige Europa wäre fähig und berufen, durch seine Mittellage zwischen England und Amerika einerseits — Rußland und dem Orient anderseits, sowie durch die Tradition und Begabung seiner Einwohner noch lange Kulturzentrum der Erde zu sein“ (a. a. O. 36).

Wenn Europa sich ohne England konstituiert, so darf das nicht in einer solchen Weise geschehen, daß es sich gegen England einstellt. Es muß vielmehr das Ziel sein, gemeinsam mit England eine Stütze des Weltfriedens und ein Schritt zum Weltbunde zu sein.

Gegenüber Rußland soll die Politik Paneuropas eine friedliche sein, aber sie soll sich auch gegen alle von dort drohenden Gefahren sichern. Seit Peter dem Großen befindet sich Rußland im Anmarsch gegen den Westen. Nach der Eroberung der baltischen Staaten, Finnlands und eines großen Teiles von Polen kam dieser Anmarsch an der Grenze der Militärstaaten Preußen und Österreich zum Stehen. Der Weltkrieg hat diese Mauer gegen Rußland zertrümmert; keiner der vielen neuen Staaten ist allein stark genug, auf die Dauer dem russischen Anmarsch Widerstand zu leisten. So steht heute der russischen Weltmacht der Weg zum Rhein, zu den Alpen und zur Adria offen. Wie unmittelbar diese Gefahr ist, zeigt die Tatsache, daß in allerneuester Zeit Rußland zweimal den Versuch unternommen hat, Europa zu beherrschen. Hätte es 1915 Berlin und Wien erobert, dann hätte es Europa den Frieden diktiert. Das Tschechische und Südslawische Reich wären russische Vasallenstaaten geworden und halb Europa russische Einflußsphäre. Hätte 1919 Liebknecht in Deutschland gesiegt, so wäre dieses dem Moskauer Völkerbund beigetreten. Italien, der Balkan und Ungarn wären seinem Beispiel gefolgt, und Lenin wäre Herr von Europa geworden. Die Führer des Bolschewismus machen aus ihren offensiven Ansichten kein Geheimnis. Ihr höchstes Ziel ist die Zerkümmern der europäischen Demokratien und der Eintritt aller Völker in den Moskauer Völkerbund. Ein Wechsel im System Rußlands gewährt wenig Hoffnung zu Gunsten des übrigen Europa. Bei einem solchen würde „der Napoleon des Ostens versuchen, seinem Volke die Rechte, die er ihm

nimmt, durch Ruhm und Triumphe zu ersetzen“. Die künftige Staatsform ist dabei von geringerer Bedeutung; sobald sich Rußland die Möglichkeit bietet, Europa in seine Abhängigkeit zu bringen, wird es davon Gebrauch machen.

Im einzelnen denkt sich Coudenhove die Entwicklung zu seinem Paneuropa in der Weise, daß zunächst eine paneuropäische Konferenz einberufen werde, die sich mit der Frage der Schiedsgerichte, der Garantie, der Abrüstung, der Minoritäten, des Verkehrs und des Zolls, der Währung, der Schulden und der Kultur zu befassen hätte. Dann soll als zweiter Schritt ein obligatorischer Schieds- und Garantievertrag zwischen allen demokratischen Staaten Kontinentaleuropas abgeschlossen werden. An dritter Stelle folgt die Bildung eines europäischen Zollvereins. Als letzte Krönung käme die Verwirklichung der Vereinigten Staaten Europas nach dem Vorbilde der Amerikanischen Union mit einem Völkerhaus und einem Staatenhaus. Ersteres soll aus dreihundert Abgeordneten bestehen, je einem für eine Million Europäer, letzteres soll von den siebenundzwanzig Vertretern der europäischen Regierungen gebildet werden. In dem neuen Europa muß der Grundsatz der Gleichberechtigung aller Nationalsprachen herrschen und die Erlernung der englischen Sprache wegen ihrer Wichtigkeit als außereuropäische Verkehrssprache erst in den Mittelschulen und dann in den Volksschulen obligatorisch eingeführt werden. Die Vorteile dieses Zusammenschlusses sind nach Coudenhove: 1. Sicherung vor einem europäischen Kriege; 2. Neutralisierung Europas in einem Weltkonflikte; 3. Schutz vor einer Invasion durch ein rotes oder weißes Rußland; 4. Möglichkeit der Abrüstung; 5. Konkurrenzfähigkeit gegenüber der amerikanischen und britischen, und später auch der ostasiatischen und russischen Industrie.

Soweit in großen Zügen die Hauptgedanken Coudenhove-Kalergis. Welche Aufnahme haben sie in der Öffentlichkeit gefunden?

Daß das große Publikum, das leicht politischen Traumgestalten nachläuft, die Ausführungen des Grafen mit Interesse gelesen, haben wir bereits bemerkt.

Aber auch ernste Politiker haben sich auf seine Seite gestellt. So sagte Edouard Herriot als Präsident der französischen Kammer in einer Rede vom 29. Januar 1925: „Europa ist kaum mehr als ein kleiner Bezirk der Welt. Möge es doch ein wenig von seinem alten Hochmut ablassen! In der Ferne, am Pazifischen Ozean, stellen sich Probleme, die wahrscheinlich in naher Zukunft die Zusammenarbeit der Vereinigten Staaten von Europa erfordern werden.... Mein größter Wunsch ist, eines Tages die Verwirklichung der Vereinigten Staaten von Europa zu erleben. Und wenn ich mit soviel Mut — ich fühle mich berechtigt, dies auszusprechen — meine Kräfte für den Völkerbund eingesetzt habe, so geschah dies, weil ich in dieser großen Einrichtung den ersten Entwurf jener Vereinigten Staaten von Europa erblickte.“

Anderere haben ihre Zustimmung in mehr gemäßigter Form ausgedrückt. So schrieb der Chefredakteur des „Matin“, der frühere Minister Henri Jouvenel: „Die Vereinigten Staaten von Europa — das ist vielleicht etwas zuviel gesagt. Wir leben nicht in einem neuen Erdteil. Wir haben nicht die Einheit der Sprache. Unsere nationalen Einrichtungen sind voneinander sehr verschieden. Man darf nicht versuchen, die Geschichte zu unterdrücken. Sie verpflichtet ebenso gebieterisch wie die Natur. Die Form der Vereinigten Staaten

ist zu eng. Ich frage mich, woher wir den gemeinsamen Präsidenten holen sollen, ohne daß dessen Nation versucht oder verdächtigt wäre, imperialistische Ziele zu verfolgen. Aber einen europäischen Völkerbund, ja, den halte ich, vorausgesetzt daß Deutschland ihn will, für notwendig, wenn wir vermeiden wollen, daß die europäische Zivilisation verschwindet, wie die Athenische Republik und das Römische Reich verschwunden ist."

Während so Coudenhoves Paneuropa von den einen als eine glänzende Vision am Himmel unserer friedensbedürftigen Welt mit Begeisterung begrüßt wurde, haben ruhiger Denkende darauf hingewiesen, daß die packende Sprache der Schriften des Grafen über viele konkrete Schwierigkeiten hinwegtäuscht. Manche der gegen Paneuropa erhobenen Einwürfe mögen unberechtigt sein; andere aber sind sehr beachtenswert und zeigen deutlich, daß die Lösung des großen Problems nicht so einfach ist, wie es sich die „Paneuropäer“ denken.

Ungerecht ist es, wenn man die Bestrebungen Coudenhoves mit dem Schlagwort „Pazifismus“ abtun will. In einer eigenen Schrift hat der Graf zu dieser Frage Stellung genommen (abgedruckt in *Praktischer Idealismus* 155 ff.). Er geht darin von dem Gedanken aus, daß Pazifismus in Europa heute die einzig mögliche Realpolitik sei. Darin werden ihm die meisten beistimmen. Auch darin wird man ihm recht geben, daß man den Frieden nicht nur wünschen, sondern wollen müsse. „Die Pflicht jedes Pazifisten ist: im Rahmen seiner Möglichkeiten den drohenden Zukunftskrieg zu verhindern; tut er nichts nach dieser Richtung, so ist er entweder kein Pazifist oder pflichtvergessen“ (158). Dabei ist aber Coudenhove durchaus kein Anhänger jenes verschwommenen Pazifismus, von dem ein anderer Verteidiger der „Vereinigten Staaten von Europa“, der Sozialdemokrat Paul Göhre, sagt, daß er „Bürgerliches und Proletarisches, Egoistisches und Feminines, Unnationales und Patriotisches durcheinanderwirft“ (*Deutschlands weltpolitische Zukunft* [1925] 18 f.). Coudenhove betont, daß völlige Abrüstung erst nach dem Sieg des Friedensgedankens möglich ist. „So wie die Abschaffung der Polizei erst möglich wäre nach dem Aussterben des Verbrechertums: sonst führt die Abschaffung der Polizei zur Diktatur des Verbrechens — die Abschaffung der Armee zur Diktatur des Krieges“ (181 f.). „Es ist ein Irrwahn vieler Pazifisten, in der eigenen Rüstungsbeschränkung den sichern Weg zum Frieden zu sehen. Unter Umständen fordert der Friede Abrüstung — unter andern Umständen aber Rüstung. . . . Wenn sich heute etwa ein Volk aus Pazifismus zur Kriegsdienstweigerung bekennt, während sein Nachbar auf die Gelegenheit lauert, es zu überfallen, so fördert es nicht den Frieden, sondern den Krieg“ (174). In ähnlicher Weise weist Göhre darauf hin, daß Pazifismus überhaupt „kein politisches Prinzip, nicht einmal eine politische Überzeugung, höchstens ein politisches Ideal“ sei. „Als eine Art politischen Prinzips kommt es allenfalls für ganz kleine Staaten in Betracht; für diese ist es der Schutzmantel ihrer Existenz, sozusagen politische Mimikry. Alle andern können mit ihm in der Politik kaum etwas Grundsätzliches anfangen; je größer sie sind, desto weniger. Es sei denn, daß Pazifismus für sie gelegentlich eines von den vielen Mitteln politischen Handelns ist, die sie an der Hand haben müssen. In diesem Sinne bedient sich z. B. England heute der . . . pazifistischen Tendenzen des Völkerbundes, um damit bestimmte politische Machtziele zu erreichen. Dabei

denkt es aber nicht entfernt daran, eine pazifistische Gesamtpolitik zu machen oder gar selbst pazifistisch zu sein. ... Pazifismus und Politik sind vollkommene Gegensätze. Pazifismus ruht auf Ohnmacht, Politik auf Macht“ (a. a. O. 21 f.). „Da Pazifismus zur Ohnmacht führt, bleibt ein auch noch so aktivistischer aufgezogener Pazifismus Ohnmacht“ (23). Göhre weist auch darauf hin, daß eine aktive pazifistische Politik das wehrlose Deutschland leicht in allerernsteste Schwierigkeiten mit verschiedenen Weltmächten bringen könnte. All das zeigt deutlich, daß es sehr oberflächlich ist, wenn man die Pläne der Paneuropäer einfach mit dem Worte „pazifistisch“ als erledigt betrachtet.

Von anderer Seite wird der Gedanke Coudenhoves abgelehnt, weil er sich nicht mit dem Völkerbunde vertrage. So hält Lange, der Generalsekretär der Interparlamentarischen Union, jede Propaganda für die Idee Paneuropas geradezu für eine Gefahr für den Genfer Bund. Er wünscht dringend, daß sich heute alle Kräfte um die bereits bestehende Organisation scharen. Diese beruhe auf der einzig richtigen Auffassung, daß die Welt in Technik, Wirtschaft und Verkehr eine Einheit bilde, deren prägnantester Ausdruck der Weltmarkt sei. Für diese Tatsache müsse die politische Form geschaffen werden, und das sei nur der Völkerbund.

Demgegenüber muß aber daran erinnert werden, daß, wie bereits bemerkt, der Völkerbund heute noch weit von dem entfernt ist, was die Menschheit von ihm erwartet. Auch seine besten Freunde geben zu, daß er noch sehr an inneren Schwierigkeiten leidet, die es fraglich erscheinen lassen, ob er in seiner jetzigen Form je das leisten wird, was vor allem die Paneuropäer, aber auch andere Friedensfreunde von ihm erhofft haben. Der in ihm gemachte Versuch, die internationale Politik aus den feudalen Formen, in denen sie sich bis zum Weltkrieg bewegte, herauszuführen und sie in ein demokratisches Gewand zu kleiden, steckt noch in den ersten Anfängen, und es wird noch lange dauern, bis da eine wesentliche Besserung eintritt. Mit Recht weist Coudenhove auch darauf hin, daß der heutige Völkerbund ein Fragment geblieben ist, den zwei große Weltmächte, Nordamerika und Rußland, ablehnen. Ferner, daß er in seinem Aufbau unorganisch sei. Er legt „ohne Rücksicht auf Geographie, Geschichte, Kultur und Wirtschaft große und kleine, asiatische und europäische, benachbarte und entfernte Staaten wie Ziegelsteine mechanisch zusammen; in ihm steht die Schweiz ihrer österreichischen Nachbarrepublik nicht näher als Siam oder Peru“ (Paneuropa 73). Man darf sich darum nicht wundern, wenn neben dem Völkerbunde andere Bestrebungen eine mehr organische Gliederung der Welt schaffen wollen, die der „abstrakten Struktur“ des Genfer Bundes, die „wesenlos“ ist und „kein Echo im Gefühlsleben der Menschheit weckt“, abhelfen wollen. „Soll die Weltorganisation an die Stelle der Weltanarchie treten, so müssen erst die Staaten sich zu Überstaaten zusammenschließen. Wie die Einigung Deutschlands, Italiens und Polens notwendige Etappen waren für die Einigung Europas, so wird die Einigung Europas eine notwendige Etappe bilden zur Einigung der Menschheit“ (a. a. O. 76). „Es ist absurd, ein anarchisches Europa zum Pfeiler einer internationalen Erdgemeinschaft machen zu wollen: es würde durch seine ewigen Konflikte eher die Atmosphäre der ganzen Welt vergiften, als sich in die internationale Ordnung einfügen. Erst muß Europa sich einigen — dann die Menschheit: diese Ent-

wicklung läßt sich nicht umkehren“ (S. 76 f.). Was den Völkerbund bisher vor allem gehindert hat, das zu werden, was man von ihm erwartete, ist die Tatsache, daß er sich fast ausschließlich mit europäischen Fragen beschäftigen mußte. Diese würden aber nach der Konstituierung Paneuropas für ihn ausscheiden, und damit wäre auch das Haupthindernis für den Eintritt der Vereinigten Staaten von Amerika, an deren Fernbleiben er schwer leidet, aus der Welt geschafft.

Wichtiger als die erwähnten sind andere Einwürfe, die man gegen die Idee Coudenhoves erhoben hat.

Zunächst ist es irreführend, wenn die Paneuropäer immer von den „Vereinigten Staaten“ Europas reden, weil dadurch der Eindruck erweckt wird, unser Kontinent ließe sich einfach nach dem Vorbilde der nordamerikanischen Staaten zu einem Überstaat zusammenschließen. Das ist nicht der Fall. Der Staatenbund des alten englischen Koloniallandes entstand auf politischem Neuland. Die Bevölkerung, englische Einwanderer, waren im großen und ganzen national einheitlich. Eine trennende Geschichte und Widerstreit der Interessen griffen nicht hindernd ein, im Gegenteil, vieles wies auf einen engeren Zusammenschluß hin, und das Isoliertsein war etwas Unnatürliches. In Europa aber liegt die Sache ganz anders. Hier haben wir große selbständige Staaten mit einer vielhundertjährigen Geschichte. Durch wechselvolle Geschicke und lange Rivalitätsstreitigkeiten sind tief eingewurzelte Antipathien geschaffen, die sich nicht durch einen Federstrich aus der Welt schaffen lassen. Jeder Staat hat zudem seine eigene Handels- und Zollpolitik, und diese wie das gesamte Wirtschaftsleben sind innig mit der Eigenart des einzelnen Volkes verwachsen. Da ist es viel schwieriger, eine Einigung zustande zu bringen, und diese hätte auf viele Dinge Rücksicht zu nehmen, die in der Amerikanischen Union nie in Frage kamen. Alle Begeisterung für ein Paneuropa hilft über diese konkreten Schwierigkeiten nicht hinweg: das Ideal Coudenhoves, so schön es in sich sein mag, muß an den Realitäten der Geschichte scheitern, die unserem Kontinent sein heutiges Gepräge gegeben haben. Und selbst wenn es gelänge, irgend eine Einigung zu schaffen, so müßte sie ganz anders sein als die der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Das Höchste könnte für lange Zeit ein Zweckverband sein, und nicht ein Überstaat mit einem gemeinsamen Parlamente. Aber selbst dieses Ziel könnte nur in langem Ringen erreicht werden und würde auf Schritt und Tritt wegen der starken Individualität der europäischen Staaten und wegen der zahlreichen historischen und wirtschaftlichen Verknüpfungen jedes einzelnen derselben mit andern Völkern inner- und außerhalb Europas auf gewaltige Schwierigkeiten stoßen. Nur ein grenzenloser Optimismus kann davon überzeugt sein, daß Europa schon heute für eine solche Einheit bereit sei.

Einseitig gesehen ist auch das, was Coudenhove über die andern Staatenbünde schreibt, die dem Paneuropa gegenüberstehen. Panmongolien ist doch heute höchstens ein Rassenbegriff, und kein Mensch kann sagen, ob und wann es einmal darüber hinauskommen wird. Panamerika ist vorläufig nicht viel mehr als eine imperialistische Idee einiger Anglo-Sachsen in den Vereinigten Staaten, deren Ausdruck die Monroe-Doktrin ist. Diese ist nichts weiter als ein Mandat, das diese sich selbst gegeben haben, das aber bei den größeren

Staaten Südamerikas durchaus nicht die Sympathie findet, die die Staatsmänner der Union erhoffen. Das Interesse des iberischen Amerika wendet sich zudem immer mehr den einstigen Mutterländern zu und betrachtet die anglo-amerikanischen Hegemoniewünsche mit großem Mißtrauen. Die Folge dieser Einstellung könnte sein, daß das Band, das die südamerikanischen Staaten mit Spanien und Portugal und teilweise auch mit Frankreich und Italien verbindet, immer enger wird und damit der Zusammenhang mit dem nördlichen Teil des gewaltigen Kontinents immer lockerer. Sollte das der Fall sein, dann würden Staaten wie Spanien und Portugal und in etwa auch Frankreich und Italien in eine Lage kommen, aus der sich dieselben Gründe für einen Ausschluß aus Paneuropa ergeben, wie sie Coudenhove für England und Rußland anführt. Damit wäre einer der Grundpfeiler der Coudenhoveschen Konstruktion über den Haufen geworfen.

Viel Widerspruch hat auch der Gedanke gefunden, England und Rußland aus dem neuen Überstaate auszuschließen. Was zunächst England anbetrifft, so hat man mit Recht darauf hingewiesen, daß es nicht dulden könnte, aus Paneuropa ausgeschlossen zu sein, und daß es umgekehrt für dieses vom größten Nachteil wäre, wenn es sich gegen England abschließt. England braucht den Rest Europas für seinen Handel, und es wird sich nicht der Gefahr aussetzen, die ein einheitliches Paneuropa diesem unter Umständen bereiten könnte, trotz aller Versicherungen Coudenhoves, daß der englische und der paneuropäische Block zusammenarbeiten müßten. England ist zudem als europäische Macht in die Kolonien gezogen, und es kann dort nur als solche bestehen: darum wird es sich nicht einer schönen Theorie zuliebe aus Europa herausdrängen lassen. Im Laufe seiner Geschichte hat es wiederholt Perioden gehabt, in denen es sich mehr auf seine überseeischen Länder eingestellt hat, aber nach einiger Zeit ist es immer wieder mit seinem Interesse zum Kontinent zurückgekehrt. Auf der andern Seite ist der Rest Europas für seinen Handel auf England angewiesen. Dieses ist für ihn das natürliche Bindeglied mit der großen Welt und vor allem mit vielen der jungen europäischen Gemeinschaften jenseits des Ozeans. Ohne England ließe sich auch die Kolonialfrage für Paneuropa kaum lösen.

Auch die Einbeziehung Rußlands erscheint vielen als unbedingt notwendig, sowohl im Interesse Paneuropas als Rußlands selbst. Rußland ist das natürliche Absatzgebiet für viele Waren und das Lieferland für manche Rohstoffe, die der Rest des Kontinentes braucht. Je mehr man sich nach dem Osten abschließt — und der Zusammenschluß des ganzen Westens ohne Rußland ist eine viel stärkere Abschließung als die heutige —, um so größer wird die Gefahr der vollständigen Abhängigkeit von Amerika, die man doch vermeiden möchte, und um so größer auch die Gefahr kriegerischer Verwicklungen zwischen den beiden Machtgruppen. Rußland erhielt vor dem Kriege alles Höhere an Kultur und Zivilisation vom Westen, und auch in Zukunft wird die Zeit kommen, daß russische Wissenschaft und Literatur wieder dorthin ihre Blicke wenden. Arm an Kapital und technischem Wissen, ist Rußland auf den Westen angewiesen, um seine reichen Bodenschätze zur Entfaltung zu bringen. Legt man die Grenzlinie gegen den Osten nicht weit östlich von Warschau fest, dann stößt man das russische Volk ganz in die tatarische Welt zurück.

Das wäre nicht so sehr eine Abriegelung und Sicherung, sondern eher eine von vornherein gegebene feindliche Einstellung, die eines Tages zu kriegerischer Entscheidung führen müßte.

Die tieferen Gründe aber, weshalb das Paneuropa Coudenhoves ein Traum bleiben wird, liegen anderswo. Der Zusammenschluß der Völker unseres Kontinents zu einem Überstaat kann nur dann von Dauer sein, wenn sich die verschiedenen Komponenten des neuen Gebildes in den wesentlichen Punkten auf einem gemeinsamen Boden finden können. Besteht Hoffnung, daß das wirklich der Fall ist?

Coudenhove glaubt daran. Zunächst deswegen, weil alle europäischen Staaten heute demokratisch seien und darum eine gewisse Einheitlichkeit in der Regierungsform erreicht sei. Die demokratische Staatsform ist für ihn der „einzige Schutz vor dem Chaos“ (Held oder Heiliger 227), und umgekehrt ist „das Zustandekommen der europäischen Föderation ... der einzige sichere Schutz der europäischen Demokratie gegen Bolschewismus und Reaktion“ (Paneuropa 146). Da die Kommunisten die Sowjetdiktatur und die nationalen Chauvinisten die Militärdiktatur anstreben, gibt es für die demokratischen Staaten keinen andern Ausweg, als sich zu einem Paneuropa zusammenzuschließen.

Demgegenüber möchten wir an ein Wort erinnern, das ein französischer Staatsmann schon vor langer Zeit gesprochen und das auch heute noch gilt: „Das Chaos verbirgt sich heute unter einem Worte: Demokratie! ... Es ist das Banner aller Hoffnungen, aller sozialen Bestrebungen der Menschheit, der edlen und gemeinen, der vernünftigen und törichten, der möglichen und chimärischen“ (M. Guizot, *De la Démocratie en France* [Paris 1849] 9). Was man in Europa heute unter Demokratie versteht, ist durchaus nichts Einheitliches. Die Anhänger der individualistischen Formdemokratie stellen sich darunter ganz etwas anderes vor als die Verteidiger des demokratischen Volksstaates. Entschiedene Anhänger des demokratischen Gedankens sind der festen Überzeugung, daß die individualistische, aus der Aufklärung und dem Liberalismus geborene Formdemokratie manche Völker gerade so sicher dem Chaos entgegenführt wie irgend eine andere für sie nicht passende Regierungsform. Im demokratischen Prinzip sind zwei Tendenzen enthalten, die sich in seiner konkreten Auslegung oft entgegenstehen: die Herrschaft der Mehrheit auf der einen Seite und die Freiheit des einzelnen auf der andern. Jedes Volk muß suchen, entsprechend seinem eigenen Charakter eine Harmonie der beiden Bestrebungen zu finden und den demokratischen Grundgedanken dem geheimnisvollen Weben und Leben aller zur Bildung einer Lebens- und Schicksalsgemeinschaft treibenden Kräfte, die in seinem Innern tätig sind, in individueller Weise anzupassen. Nur wenn das gelingt, ist ein wahrer Volksstaat möglich, in dem ein echtes Volksleben sich entfalten kann (C. Pieper, *Der deutsche Volksstaat und die Formdemokratie* [M.-Gladbach 1923] 17 ff.). Nur so können die zum Bolschewismus oder zum chauvinistischen Rechtsstaat drängenden Tendenzen überwunden werden. Bis heute ist diese Lösung in den meisten Staaten noch nicht gefunden. Darum sehen wir, daß eine große Zahl europäischer Staaten eine diktatorische Verwaltung haben, obwohl ihre Verfassung eine demokratische ist. Selbst wenn es gelänge, das demokratische Prinzip überall in befriedigender Weise durchzuführen, würde sich doch noch

in den einzelnen Staaten eine große Verschiedenheit in der konkreten Ausführung zeigen, die sich bei einem Zusammenschluß zu einem Paneuropa sehr fühlbar machen müßte. Die Schwierigkeit, unter der die meisten europäischen Staaten heute leiden, würde durch die Vereinigung zu einer gesamteuropäischen, und dazu träte das neue Problem, welche Form der Demokratie in dem neuen Überstaat die herrschende sein solle.

Es ist auch durchaus nicht richtig, daß die Demokratie dem Frieden unbedingt günstig sei, wie man oft wiederholt hat. Richtig ist nur, daß sie den auf lange Sicht vorbereiteten Kriegen eher aus dem Wege geht. Die kleinen Leute, die in ihr einen großen Einfluß auf die Regierung haben, suchen an erster Stelle ihre Ruhe und sind den Fragen der großen Politik, die leicht internationale Konflikte herbeiführen, weniger zugänglich. Aber trotzdem behalten die demokratischen Völker ihre nationalen Instinkte bei. Sie wachen ängstlich über ihre Handelsinteressen und ihre industrielle Entwicklung, die mit der wirtschaftlichen Konkurrenz und der Handelspolitik anderer Völker leicht in Konflikt geraten kann. Eine Zuspitzung kann dann dahin führen, daß auch demokratische Völker trotz aller Verträge zu den Waffen greifen, um so mehr, da bei ihnen oft demagogische Elemente einen viel größeren Spielraum haben als anderswo. Zahlreiche Beispiele aus der neueren Geschichte zeigen, welche Macht unter Umständen trotz aller demokratischen Grundsätze gewisse Interessengruppen auf die öffentliche Meinung haben.

Eine zweite Schwierigkeit, die dem Paneuropa im Wege steht, ist die Nationalitätenfrage. Coudenhove ist der Überzeugung, daß diese durch sein Gebilde leicht überwunden werde. Ein nationales Toleranzedikt müsse zur Magna Charta aller europäischen Minderheiten und Nationen werden: „Die Anschauung muß sich durchsetzen, daß die Nation das Erbe der Konfession angetreten hat, im Guten wie im Bösen: ihrem Humanismus wie ihrem Fanatismus. Wie einst für ihre Religion — so leben und sterben, morden und lügen heute die Menschen für ihre Nation. Zur Überwindung der nationalen Kämpfe muß derselbe Weg beschritten werden, der zur Ausrottung der religiösen Kämpfe geführt hat“ (Paneuropa 135). „Jeder Kulturmensch muß daran arbeiten, daß, wie heute die Religion, morgen die Nation zur Privatsache jedes Menschen wird. Die künftige Trennung von Nation und Staat wird eine ebenso große Kulturtat sein wie die Trennung von Kirche und Staat“ (a. a. O. 136).

Daß es eine der großen Aufgaben der Zukunft ist, den Kampf der Nationalitäten auf ein Minimum zu beschränken, so daß jede im Geisteskampfe, ohne Staatsbüttel, zeigen kann, was sie zu leisten vermag, darin sind alle einig. Daß das aber nur auf dem Wege über Paneuropa zu erreichen sei und daß es überhaupt auf diese Weise möglich sei, daran zweifeln viele mit Recht.

Die Religion ist nicht nur Privatsache, sondern auch Gemeinschaftssache, und die Trennung von Kirche und Staat ist nicht eine große Kulturtat, sondern eine Auswirkung des Liberalismus. Ebenso wenig ist Volkstum nur Privatsache, sondern seinem Wesen nach etwas Gemeinschaftliches. Eine Trennung von Volkstum und Staat ist auch etwas, was nur in gewissen Grenzen möglich ist. Zwar hat nicht jedes Volk als solches ein Recht, sich mit Gewalt politisch zu einen, wie es das Nationalitätenprinzip verlangt. Dabei bleibt aber bestehen, daß jede Staatsbildung von einem bestimmten Volke ausgeht und daß

andererseits der Staat die Rechte der in ihm vereinigten Völker anerkennen und schützen muß.

Ein Realpolitiker darf ferner nicht vergessen, daß das Nationalitätenprinzip als bewußt anerkannter Grundsatz der Staatsgewalt ganz jungen Datums ist. Es ist eigentlich erst als Gegenwirkung gegen die Cäsarenherrschaft Napoleons in Europa allgemein zur Geltung gekommen. Schon diese Jugend sollte einen warnen, es jetzt schon als überlebt zu bezeichnen. Mit Recht weist W. Vogel darauf hin, „daß durch die heutigen Verkehrs- und Bildungsmittel die innere Festigung der Nationen weit raschere Fortschritte macht als die internationale Verständigung“ (Das neue Europa [Bonn 1925] 14). Solche Tendenzen kann man nicht durch eine „formalistische Ideologie“, durch eine „blutlose und leere Theorie“ aus der Welt schaffen. „Manifeste“ haben nur da Wirkung, wo sie sich an die lebendig-organischen Zusammenhänge der historischen Entwicklung anschließen.

Das Coudenhovische Gebilde wäre nur dann möglich, wenn in dem neuen Paneuropa allen Völkern eine absolute Gleichberechtigung zuerkannt würde. Ist das aber möglich oder wahrscheinlich? Würde etwa Frankreich bereit sein, seine durch die Friedensverträge erlangte Vormachtstellung auf dem Kontinente aufzugeben und in Paneuropa unterzutauchen? Oder würde es nicht bestrebt sein, in der neuen Union seine dominierende Bedeutung zur Geltung zu bringen und sie in diesem Sinn zu benützen, zumal es mit dem ganzen Schwergewicht seiner Kolonien in Afrika und anderstwo in den geplanten Überstaat eintritt? Oder würde Deutschland sich damit abfinden, die Stellung, die ihm der Versailler Vertrag angewiesen, dauernd einzunehmen und für immer auf die Vorteile, die ihm die Größe seines Volkstums und seine zentrale Lage gibt, zu verzichten? Dieses Problem, das in etwas anderer Form heute die Kernfrage der kontinentalen Politik ist, bliebe auch im Paneuropa in seiner vollen Schwere bestehen. Ob es jemals zu einer „eurasisch-negroiden Zukunftsrasse“ kommen wird, die „äußerlich der ägyptischen vielleicht ähnlich“ ist, wie Coudenhove annimmt, und ob diese dann unter dem Einfluß der neuen Adelsrasse „von Geistes Gnaden“ stehen wird, worunter er das emanzipierte Judentum versteht, müssen wir der Zukunft überlassen (siehe Praktischer Idealismus 32). Jedenfalls kommt man mit solchen phantastischen Ausblicken nicht an der Tatsache vorbei, daß heute noch das Volkstum eine große Rolle spielt und für lange Zeit spielen wird. Der Weg zum Frieden führt nicht über eine Erniedrigung des Volkstums zur reinen Privatsache, sondern über eine Anerkennung seiner gerechten Forderungen durch die Staaten Europas.

Betonung der Bedeutung des Volkstums ist etwas ganz anderes als Schüren des Völkerhasses. Das Ziel Europas muß Völkerversöhnung, nicht Völkerverhegung sein. Das ist aber vor allem eine Sache der Gesinnung, nicht so sehr der äußern Struktur. Die letztere hat nur dann Wert, wenn sie ein Ausdruck des innern Geistes ist. Hier aber versagt Coudenhove vollständig. Sein höchstes Ideal ist der Gentleman, eine „auf dem Boden heidnisch-sittlicher Moral und abseits vom Christentum“ entstandene Forderung (Held oder Heiliger 70). „Mit Christentum hat der Gentleman nichts zu tun: weder im positiven noch im negativen Sinne.“ „Das Gentlemanideal ist kein Klassen-

ideal, sondern ein allgemein europäisches.“ „Nördliches und südliches Heidentum, ritterliche und antike Tradition haben sich verbündet zum Kampfe gegen die christliche Moral der Erbsünde und des schlechten Gewissens.“ Und es ist nach Coudenhove die Aufgabe unserer Generation, „diese parallelen Entwicklungslinien der ethischen Theorie und Praxis im modernen Europa zusammenzuschließen und so die neue Sittlichkeit in der neuen Weltanschauung zu verankern“ (a. a. D. 73).

Für das Wesen und die Ideale des Christentums, das doch in der Geschichte Europas eine so bedeutende Rolle gespielt und auch heute noch trotz allem die Grundlage unserer Kultur bildet, hat Coudenhove kein Verständnis. Zwar preist er die christliche Lehre als einen Gipfel reinsten Ethik, aber aus der Menschlichkeit, Schlichtheit und ihrem gesunden Menschenverstand schließt er, „daß sie aus einer Gegend stammt, die vom sokratischen Klima nicht weit entfernt ist“ (a. a. D. 62). Von der Gottheit Christi redet er kein Wort, im Gegenteil, seine Worte deuten eher an, daß er daran nicht glaubt. Christus kann nach ihm gedeutet werden als „König aus dem Stamme Davids“, als „Sohn eines Arbeiters“, als „gekreuzigter Märtyrer“, als „Prophet der Kindlichkeit“, als „auferstandener Sonnenheld“. Jede weitere Deutung habe erst unter dem Einfluß der Gnosis, der südlichen Moral und einer dekadenten und müden Umwelt stattgefunden. „Der gelehrte, aber dekadente Süden zwang dem barbarischen, aber gesunden Norden sein Christentum auf“ (a. a. D. 63).

Ebenso wenig Verständnis zeigt Coudenhove für das Leben und Handeln der Kirche. Von all dem Großen, was sie für die Erhebung Europas aus der Barbarei und für den Kulturfortschritt getan, scheint er nichts zu wissen. Statt dessen bemerkt er, daß die Kirche „eine Brücke zwischen heidnischem Handeln und christlichem Glauben“ geschlagen habe. Ferner heißt es: „Durch fortgesetzte Absolutionen, Sakramente und Ablässe gab sie den Europäern die Möglichkeit, ihr heidnisches Leben mit ihrer christlichen Überzeugung zu versöhnen“ (a. a. D. 66). Die einzige Bedeutung der Kirche liegt darin, daß sie die heidnische Moral milderte durch das Evangelium der Menschlichkeit. Aber zugleich hat sie „dem Europäer seine sittliche Naivität, seine sittliche Gesundheit und Instinktsicherheit geraubt. Durch das Christentum und seine unerfüllbaren Forderungen krankt die europäische Seele an Schuldbewußtsein, an Minderwertigkeitsgefühlen, an der Autosuggestion der Sündhaftigkeit, an schlechtem Gewissen“. „Aus einem Wolf wurde der Europäer zum Kettenhund, der an der Kette einer wesenfremden Sittlichkeit zerrt, ohne sich von ihr befreien zu können“ (a. a. D. 67). „Veredlung des Heldenbegriffs“, nicht Christentum, ist ihm darum die „stabilste Basis für die europäische Ethik der Gegenwart und Zukunft“ (a. a. D. 235). „Die Träger dieser Gesinnung werden sich erkennen als Kinder eines Blutes, als Erben einer Tradition, als Ahnen einer Kultur: als erste Strahlen der neuaufgehenden europäischen Sonne“ (a. a. D. 238).

Diese Zitate zeigen deutlich, was Paneuropa in der Form Coudenhoves letztlich ist. Es ist das Programm des Liberalismus auf die zwischenstaatlichen Beziehungen angewandt. Darum feiert Coudenhove auch Mazzini als „begeisterten Paneuropäer“, als den weitblickendsten Propheten des paneuropäischen Freiheitskampfes (Ztschr. Paneuropa 4. Jahrg., Heft 6, S. 9). Die

weltanschauliche Grundlage ist ein Gedankensystem, das von jedem Dogma unabhängig sein soll. Um die europäischen „Instinkte“ zu erneuern, verkündet Coudenhove seine vier Gebote des Lebens, die lauten: „Sei gesund! Sei stark! Sei schön! Sei rein!“ Diese sollen sich vor allen andern Sittengesetzen durch ihre Evidenz auszeichnen, auch vor den zehn Geboten. „Denn die Gebote des Lebens bedürfen keiner Rechtfertigung, keiner Beweise, keiner Metaphysik, während die zehn Gebote Gottes die göttliche Autorität als Stütze brauchen. Diese zehn Gebote haben darum nur bedingte Geltung; sie müssen zurücktreten, wenn sie in Widerspruch geraten zu den Geboten des Lebens“ (Held oder Heiliger 171). „So wird das alte Ideal der Kalokagathie auferstehen: die vollendete Seele im vollendeten Leibe. Nach dem Zusammenbruch aller künstlichen Werte werden die vier großen Gebote der Natur den europäischen Körper heilen und durch ihn die europäische Seele“ (a. a. O. 178). An die Stelle des ethischen Materialismus wird dann der ethische Idealismus treten, dessen Programm Nietzsche entworfen hat und der in der „heroischen Moral“ gipfelt, die mit Religion nichts zu tun hat.

Sieht man die Coudenhoveschen Anschauungen im Lichte dieser Theorien, dann kann man nicht daran zweifeln, daß sie über die Lehren der Aufklärung nicht weit hinausgekommen sind. Coudenhoves Paneuropa ist ein spätgeborenes Kind des alten Liberalismus. Soweit es auf dessen überlebte Ideen aufbaut, kann sein System nicht die Grundlage für ein neues Europa sein.

Heinrich Cierp S. J.